

Parteien setzen auf Versorgung vor Ort

Politik will der Landflucht und dem Bevölkerungsrückgang starke dörfliche Infrastrukturen entgegensetzen

Einer Studie zufolge wird der Landkreis bis 2050 einen Bevölkerungsrückgang von bis zu 13 Prozent erleben. Wie kann die Politik dem demografischen Wandel und der prognostizierten Landflucht begegnen? Die Spitzenkandidaten für den Kreistag antworten.

von Carina Becker

**Robert Fischbach,
CDU, Landrat:**

„Wir müssen attraktive Lebensbedingungen in unserem Landkreis anbieten. Neben sicheren Arbeitsplätzen spielt das Internet eine immer größere Rolle im Leben der Menschen und der Unternehmen. Ich werde daher unser Breitbandprojekt vorantreiben, damit in drei bis fünf Jahren jedes Haus mit einem sehr schnellen Internetzugang versorgt ist. Junge Familien müssen gute Ganztags-Betreuungsangebote für Kinder vorfinden. Im Rahmen der Gesundheitsregion wollen wir



Menschen. Entscheidend für ihre Wohnortwahl ist nicht nur die Aussicht auf eine qualifizierte Ausbildung und einen sicheren Arbeitsplatz, sondern auch eine gute Kinderbetreuung und ein soziales Mit-

Sandra La

sen umso stärker sein, je echter die Infrastruktur und Arbeitsplatzangebot sind. Einflussbereich der Politik sehr begrenzt. Der Wohnungsbestand wird ausgedünnt werden müssen. Ob der Landkreis dort Hilfestellung leisten kann, ist fraglich. Jeder Politiker,

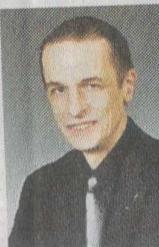
Bernd Schmidt, Freie Wähler, Bürgermeister:

„In Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden muss die notwendige Infrastruktur geschaffen und zukunfts-fähig vorgehalten werden. Hierzu zählen unter anderem

ist eine Herausforderung aller Kommunen, Maßnahmen, Projekte und Konzepte zu initiieren, wie etwa anhand von Lösungen für die Infrastruktur, Förderung von Kinder- und Familienfreundlichkeit bis hin zu Fragen, wie das Zusammenleben der Generationen in der Stadt gestaltet oder eine lokale Verbundenheit hergestellt werden kann.“

**Jens Fricke,
Piratenpartei, EDV-Berater:**

„Die Piratenpartei betrachtet den demografischen Wandel nicht als Naturkatastrophe oder als ähnlich schicksalsgleiches Ereignis. Wir werden uns für ein auf die Bedürfnisse von Studenten und jungen Unternehmen zugeschnittenes und mit der Stadt Marburg sowie den Nachbarkreisen verzahntes ÖPNV-Angebot einsetzen. Weiterhin



der transparente Aufbau einer kostengünstigen Internetversorgung im gesamten Landkreis Voraussetzung für die dauerhafte Ansiedlung junger Familien und innovativer Unternehmen im Landkreis. Wir werden die begonnenen Aktivitäten des Kreises zum Internetausbau kompetent, ideenreich und kritisch hinterfragen und voran-



projekt vorantreiben, damit in drei bis fünf Jahren jedes Haus mit einem sehr schnellen Internetzugang versorgt ist. Junge Familien müssen gute Ganztags-Betreuungsangebote für Kinder vorfinden. Im Rahmen der Gesundheitsregion wollen wir



Kommunalwahl 2011

am 27. März

die ärztliche Versorgung auch in Zukunft sicherstellen und Präventionsangebote unterstützen. Freiwilligenarbeit, Wohnprojekte für Senioren sowie der Pflegestützpunkt sollen weiter ausgebaut werden."

Sören Bartol, SPD, Bundestagsabgeordneter:

„Die Zahl älterer Menschen im Landkreis nimmt zu. Sie brau-

chen eine gut erreichbare Ver- sorgung mit Gesundheitsdiens- ten, Einkaufsmöglichkei- ten, Kultur-, Bildungs- und Freizeitangeboten.

Deshalb set-

zen wir uns für einen barrierefreien öffentlichen Verkehr, Mehrgenerationenangebote, für Markttreffs und Dorfläden sowie für wohnortnahe Tages- betreuungseinrichtungen ein. Dies erhöht die Lebensqualität und damit die Attraktivität des Landkreises auch für junge

Menschen. Entscheidend für ihre Wohnortwahl ist nicht nur die Aussicht auf eine qualifizierte Ausbildung und einen sicheren Arbeitsplatz, sondern auch eine gute Kinderbetreuung und ein soziales Miteinander.“

Andrea Laaz, Grüne, Tagesmutter:

„Der demografische Wandel muss vor allem gestaltet werden. Junge Menschen dürfen nicht mit Horrorszenarien erschreckt sondern von den Vorteilen unserer Region überzeugt werden. Wenn wir für lebendige und lebenswerte Dörfer, Orts- und Stadtteile sor-

gen, wird dies der Landflucht vorbeugen. Es gilt Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen vor Ort, eine gute ärztliche Versorgung, Kultur-, Freizeit- und Sportangebote, ein gutes Bildungs- und Betreuungsangebot, einen gut ausgebauten ÖPNV sowie den Erhalt und Umbau des alten Gebäudebestandes zu fördern. Statt großer Altenheime trägt eine ambulante wohnortnahe Versorgung zu einem guten Leben im Alter bei.“

Jörg Behlen, FDP, Landwirt:

„Ohne mehr Kinder ist die Landflucht nicht aufzuhalten. Sie wird in den Gemeinden und

Kreisen umso stärker sein, je schlechter die Infrastruktur und das Arbeitsplatzangebot sind. Der Einflussbereich der Politik ist sehr begrenzt. Der Wohnungsbestand wird ausgedünnt werden müssen. Ob der Landkreis dort Hilfestellung leisten muss ist fraglich. Jeder Politiker, der behauptet, er könne die Folgen demografischen Wandels beeinflussen, überschätzt Kompetenz und finanziellen Rahmen der Politik. Die Ausweisung neuer Baugebiete sollte wohlüberlegt sein.“

Anna Hofmann, Linke, Studentin:

„Der demografische Wandel ist ein vielschichtiges Problem, dass von der parteipolitischen Konkurrenz oft nur als Argument für einen weiteren Sozialabbau eingesetzt wird. Der Landflucht kann nur begegnet werden, wenn die Infrastruktur im ländlichen Raum erhalten bleibt oder wieder aufgebaut wird.“

Dazu gehört es, eine flächen-deckende medizinische Versorgung, genügend Betreuungsplätze für Kinder, alternative Wohnformen für ältere Menschen, eine Wiederbelebung von Dorfläden durch Markt-Treff-Angebote, ein vernünftiges ÖPNV-Angebot zu entwickeln und die politische Einbeziehung von Senioren (etwa durch einen Seniorenbeirat) auf Kreisebene zu gewährleisten.“

Bernd Schmidt, Freie Wähler, Bürgermeister:

„In Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden muss die notwendige Infrastruktur geschaffen und zukunfts-fähig vorgehal-ten werden. Hierzu zählt unter anderem die Unterstüt-zung beim Ausbau von Kinderbetreuungs-angeboten, der Erhalt des viel-

fältigen Schulangebotes mit entsprechenden Fortbildungs-angeboten zur persönlichen und beruflichen Weiterentwick-lung. Vorhaltung von attraktivem und günstigem Wohn-raum mit neuen Wohnmodel- len für ältere Menschen. Gute Nahversorgung, gute Verkehrs-anbindung und gut ausgebau-ter ÖPNV. Eine ärztliche Versor-gung vor Ort sowie ein schnelles Internet. Attraktive Arbeitsplätz-e und ein umfangreiches Freizeit- und Erholungsangebot.“

Manfred Thierau, Republikaner, Polizeioberkommissar:

„Der Wandel ist sehr vielfältig. Die Aktivitäten der Kommunen sind auf die The-men zu fokus-sieren, die einen entscheidenden Einfluss auf die Zukunfts-fähig-

keit der Gesellschaft haben, wie etwa Alten, Behinderten- und Jugendhilfe. Aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen



der transparente Aufbau einer kostengünstigen Internetver-sorgung im gesamten Landkreis Voraussetzung für die dauer-hafte Ansiedlung junger Famili-en und innovativer Unterneh-men im Landkreis. Wir werden die begonnenen Aktivitäten des Kreises zum Internetausbau kompetent, ideenreich und kri-tisch hinterfragen und voran-treiben.“

Helge Frick, Anarchistische Pogo-Partei, Hausmann:

„Wir Pogo-Anarchisten begrü-ßen die genannten Megatrends ausdrücklich, machen sie doch Deutschland erst zukunftsfähig. Die Entvöl-kerung breiter Landstriche lässt Freiräume für Neues ent-stehen. Wir den-ken da nicht nur an Hippie-Kommunen,

in denen Men-schen sich bei freier Liebe und viel Gras dem Müßiggang und Home-Growing hingeben. Wir denken auch und gerade an die Kameraden in ihren national-befreiten Kuhkäffern. Wir be-absichtigen, die Bildung dieser lokalen Gewalt-Erlebnis-Parks, in denen auch Nazis nach ih-rer Facon leben können, durch die Errichtung von Mauern för-dernd zu begleiten. Alles in al-lem richtige Schritte in Rich-tung Balkanisierung Deutschlands.“

Information: Bei den Listenprechern handelt es sich um die Spitzenkandidaten der Parteien -ausgenommen bei Helge Frick, APPD, der auf der Liste seiner Partei Platz 17 einnimmt.

